

Rauchverbot im Ministerium

Staatssekretär Schröder verweist auf die geplante Gesetzesinitiative. Die Drogenbeauftragte Bätzing lobt die Neuregelung ausdrücklich.

Von Dorothea Siems

Berlin - Angesichts der Gesundheitsgefährdung durch Passivrauchen soll der Nichtraucherschutz verstärkt werden. Im Bundesgesundheitsministerium trat am Freitag ein vollständiges Rauchverbot in Kraft. Gesundheitsstaatssekretär Klaus Theo Schröder sprach von einem "Zeichen" und verwies auf das von zahlreichen Abgeordneten angestrebte Nichtraucherschutzgesetz. In der kommenden Woche wollen Koalitionspolitiker über einen entsprechenden Gruppenantrag beraten.

Schröder sagte, er erwarte, "dass mit der anstehenden Gesetzgebung klare Regelungen für den Nichtraucherschutz im öffentlichen Raum entstehen werden" und damit der Nichtraucherschutz verbessert werde. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Sabine Bätzing, begrüßte die Entscheidung des Ministeriums, die in Abstimmung mit der Beschäftigtenvertretung getroffen worden sei, als vorbildlich. Sie hoffe, dass weitere Ministerien und öffentliche Einrichtungen folgten. "Die Gesundheitsschäden durch Passivrauchen sind nicht mehr zu bestreiten." Deshalb müssten nicht rauchende Beschäftigte wirksam vor Passivrauchen geschützt werden. Nach Angaben des Deutschen Krebsforschungszentrums sterben jährlich 3300 Nichtraucher an den Folgen des Passivrauchens. Hierzulande rauchen 33 Prozent der Bevölkerung.

Um die Nichtraucher wirksamer zu schützen, streben zahlreiche Bundestagsabgeordnete einen parteiübergreifenden Gruppenantrag an. Danach soll künftig das Rauchen in öffentlichen Gebäuden sowie in öffentlichen Verkehrsmitteln generell verboten sein. Strittig ist allerdings die Regelung für die Gaststätten. Das Hotel- und Gaststättengewerbe setzt bisher auf eine freiwillige Selbstverpflichtung. Dies reicht den Verfechtern des Rauchverbots aber nicht aus.

Anfang kommender Woche wollen sich Gesundheitspolitiker und Drogenbeauftragte der Koalitionsfraktionen treffen und einen gemeinsamen Gruppenantrag für einen umfassenden Nichtraucherschutz ausarbeiten. Dieser könnte nach Einschätzung der gesundheitspolitischen Sprecherin der SPD, Carola Reimann, im Oktober in den Bundestag eingebracht werden. Um eine breite Zustimmung zu erreichen, will die SPD die Grünen einbeziehen, in deren Reihen ebenfalls viele Verfechter strengerer Regelungen sitzen.

Die SPD hat bereits einen eigenen Gruppenantrag ausgearbeitet, den schon mehr als 130 Parlamentarier unterschrieben haben. "Nun geht es zunächst um die Feinabstimmung mit der Union", so der SPD-Abgeordnete Lothar Binding, einer der Initiatoren. Er verwies darauf, dass mittlerweile in 20 Staaten in Europa - darunter Länder wie Italien, Spanien und Österreich - ähnliche Gesetze gelten. Er rechne fest mit einer Mehrheit für ein Nichtraucherschutzgesetz in Deutschland.

In der Union gibt es allerdings auch prominente Skeptiker wie Edmund Stoiber (CSU) oder Volker Kauder (CDU). Trotzdem ist die Drogenbeauftragte der Union, Maria Eichhorn, optimistisch, dass der Gruppenantrag durchkommt. Eichhorn geht davon aus, dass der Gesetzentwurf "in den nächsten Monaten" in den Bundestag eingebracht wird und dort eine Mehrheit erhält. Die Gefahr zusätzlicher Bürokratie sieht sie - anders als viele in ihrer Partei - nicht.

Artikel erschienen am Sa, 2. September 2006